

Max-Planck-Str. 4, D-40237 Düsseldorf
Parkring 10/1/10, A-1010 Wien
www.sbr-net.com

Breitband aus Sicht der österreichischen Gemeinden

SBR White Paper 14

Mag. Nicolaus Drimmel
Dr. Ernst-Olav Ruhle
Dipl.-Wirtschaftsingenieur Stephan Wirsing
Thomas Wimmer, B.Sc.

September 2015

CONTENTS

1	Einleitung.....	3
2	Umfrage.....	4
3	Wissenswertes und sonstige Informationen	13
4	Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf	15

1 Einleitung

Die Verfahren zur Breitbandförderung in Österreich auf Bundes- wie auch teilweise auf Landesebene sind in vollem Gange. Mit der Leerrohrförderung ist ein Programm gestartet worden, das sich v.a. (aber nicht nur) an Gemeinden richtet, die Fördermittel für den Ausbau insbesondere im Rahmen von Mitverlegungsprojekten beantragen können. Die Verfahren gelten als aufwändig einerseits aber auch als möglicher wesentlicher Anschlag für den Ausbau von Breitbandnetzen in ländlichen Gebieten in Österreich andererseits. Grund genug zu hinterfragen, wie es um die Wahrnehmung des Themas Breitband bei den Gemeinden steht.

Im Juli 2015 ist daher in Kooperation vom Österreichischen Gemeindebund und SBR-net Consulting AG eine Umfrage durchgeführt worden, bei der alle österreichischen Gemeinden mit 20 Fragen zum Thema Breitband auf lokaler Ebene adressiert wurden. Die Ergebnisse basieren auf einem Rücklauf von ca. 150 Gemeinden.

Dieser Diskussionsbeitrag stellt die Antworten der Gemeinden dar, zeigt den Stand der Befassung mit dem Thema Breitband und auch, was aus Sicht der Gemeinden bei diesem Thema an Aufgaben zu bewältigen ist und wer diese Aufgaben in die Hand nehmen sollte. Daraus leiten wir auch einige Schlussfolgerungen für die zukünftige Breitbandpolitik in Österreich ab.

2 Umfrage

Im Folgenden stellen wir kapitelweise die Umfrageergebnisse dar. Die Umfrage fand unter allen österreichischen Gemeinden im Rahmen des Online-Portals des Gemeindebundes im Zeitraum 6. Juli bis 27. Juli 2015 statt. Die Darstellung erfolgt anhand der Nennung der Frage und der Ergebnisse in graphischer und textlicher Präsentation.

2.1 Frage 1: Wie zufrieden sind Sie mit der Breitbandversorgung in Ihrer Gemeinde?



Die Zufriedenheit mit der aktuellen Versorgungslage in den Gemeinden ist aktuell eher gering. Lediglich in 8 Gemeinden (5%) zeigt man sich derzeit „sehr zufrieden“, 35 Gemeinden (24 %) sind „zufrieden“.

„Wenig zufrieden“ ist man in 55 Gemeinden (38 %) und „gar nicht zufrieden“ in 44 Gemeinden (30%). Somit ergibt sich in rund 2 von 3 aller teilnehmenden Gemeinden ein klarer Handlungsbedarf.

2.2 Frage 2: Gibt es unterversorgte Gebiete/Ortsteile/Katastralgemeinden?



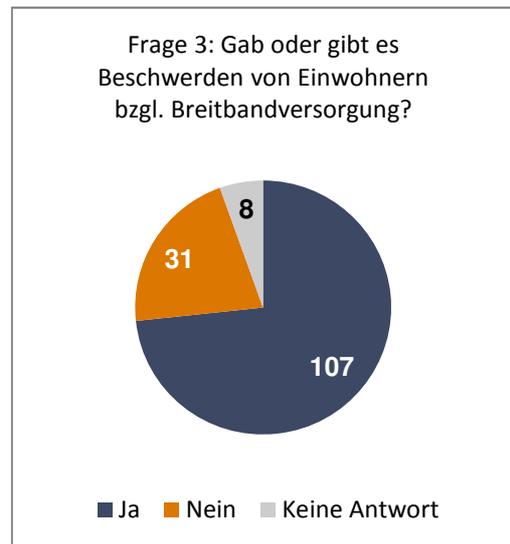
Unter Berücksichtigung der Zufriedenheit zeigt sich wenig überraschend, dass es in 82 % der Gemeinden unterversorgte Gebiete, Ortsteile oder Katastralgemeinden gibt.

Nur 12 Gemeinden (8 %) beantworten diese Frage mit „nein“.

2.3 **Frage 3: Gab oder gibt es Beschwerden von Einwohnern bzgl. der Breitbandversorgung?**

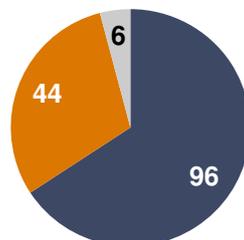
Knapp $\frac{3}{4}$ der Gemeinden sehen sich aktuell bzw. haben sich in der jüngeren Vergangenheit bereits mit Beschwerden aus der Bevölkerung hinsichtlich der Breitbandversorgung konfrontiert gesehen.

Nur in 31 Gemeinden (21%) ist das nicht der Fall.



2.4 **Frage 4: Gab oder gibt es Beschwerden von Betrieben/Unternehmen/Organisationen, die für die Gemeinde von Bedeutung sind, bzgl. der Breitbandversorgung?**

Frage 4: Gab oder gibt es Beschwerden von Betrieben/Unternehmen/Organisationen, die für die Gemeinde von Bedeutung sind, bzgl. Breitbandversorgung?



■ Ja ■ Nein ■ Keine Antwort

In 96 Gemeinden (66 %) hat es bereits Beschwerden aus der lokalen Wirtschaft, dem Gewerbe bzw. von ansässigen Organisationen über die Versorgungslage mit Breitband gegeben.

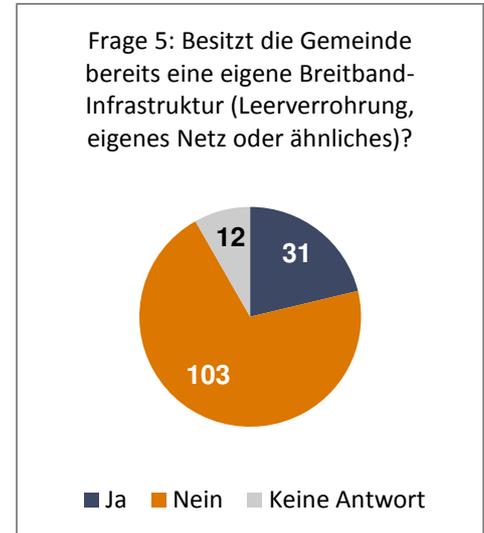
Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Standorte ist das als klare Problematik zu verstehen.

2.5 **Frage 5: Besitzt die Gemeinde bereits eine eigene Breitband-Infrastruktur (Leerverrohrung, eigenes Netz oder ähnliches)?**

Gemeindeeigene Infrastruktur ist ein möglicher Weg zu einer Verbesserung der Versorgung und Steigerung der Attraktivität als Wirtschafts- und Wohnstandort.

Es zeigt sich, dass aktuell die überwiegende Mehrheit der Gemeinden keine eigene Infrastruktur besitzt, konkret 103 Gemeinden (71 %).

Eigene Breitbandinfrastruktur bzw. taugliche Leerverrohrung gibt es in 31 teilnehmenden Gemeinden (21 %).



2.6 **Frage 6: Wenn es eine gemeindeeigene Infrastruktur gibt, welche ist das?**

Ca. 21 % der Gemeinden besitzen Infrastrukturen. Folgende Arten wurden hierfür genannt:

- Funk
- Leerrohr
- Glasfaser
- Mobilfunk
- Kupfer

Die Mitverlegung von Leerrohr ist dabei am gängigsten, oft in Kooperation mit einem Energieversorger oder Telekommunikationsbetreiber. Auch der Anschluss des Gemeindeamts oder die Aufschließung für Betriebsansiedelungen sind mehrmals genannt worden.

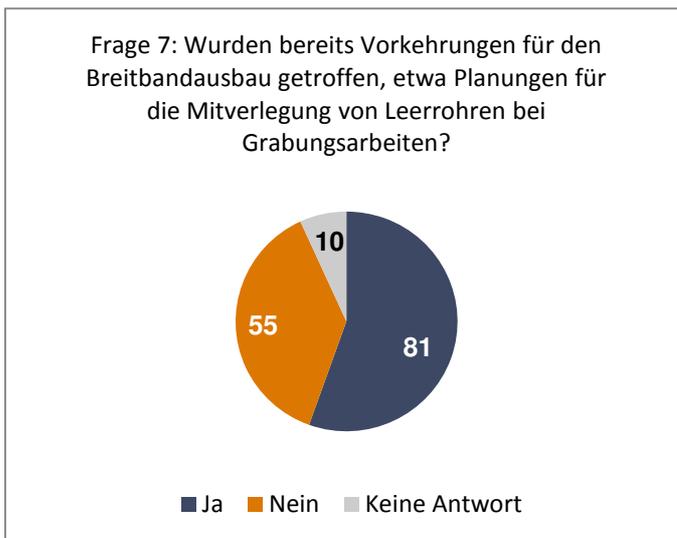
Als Vorgehensweise überwiegt der Lückenschluss bzw. Mitverlegung. Auch von dabei auftretenden Problemen wird berichtet.

Bemerkenswert ist, dass lediglich eine Gemeinde angibt, einen Masterplan zu verwenden.

Angesichts der EU-Kostensenkungsrichtlinie, die im Rahmen der TKG-Novelle in den kommenden Monaten umgesetzt werden soll, wird es interessant sein zu sehen, wie die

Gemeinden diese Infrastruktur nutzbar machen können. Mit nur 21 % ist allerdings auch klar, dass in vielen Fällen Infrastruktur erst geschaffen werden muss und dabei ist im Rahmen der Leerrohr-Förderung v.a. die Mitverlegung von hoher Bedeutung für die Förderfähigkeit.

2.7 **Frage 7: Wurden bereits Vorkehrungen für den Breitbandausbau getroffen, etwa Planungen für die Mitverlegung von Leerrohren bei Grabungsarbeiten?**



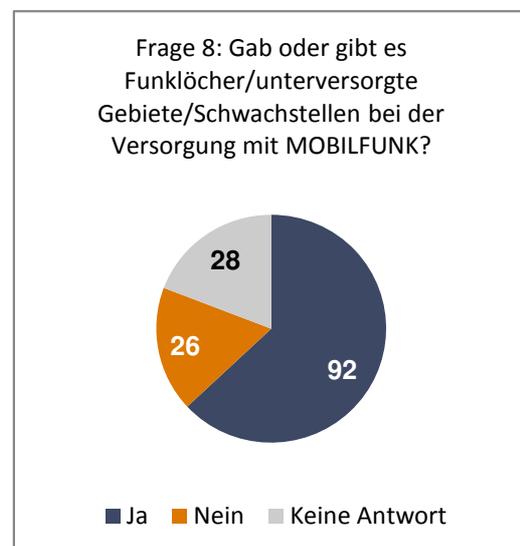
Bei der Planung zeigt sich, dass die Gemeinden schon weiter sind als bei der Umsetzung. Über die Hälfte (55 %) gibt an, bereits Vorkehrungen für einen späteren Ausbau getroffen zu haben. Immerhin für 38 % der Gemeinden waren auch Vorkehrungen bislang noch kein Thema.

2.8 **Frage 8: Gab oder gibt es Funklöcher/unterversorgte Gebiete/Schwachstellen bei der Versorgung mit Mobilfunk?**

Hinsichtlich der Versorgungslage mit Mobilfunk zeigt sich, dass es in 92 Gemeinden (63 %) Probleme gibt.

Keine Probleme werden lediglich von 26 Gemeinden berichtet (18 %), während 19 % zu dieser Frage keine Antwort geben.

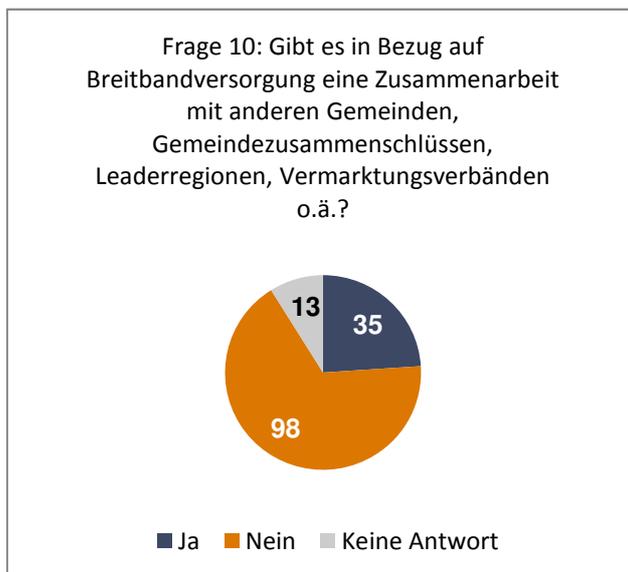
Aus der Beratungserfahrung ist bekannt, dass die Mobilfunkversorgung oft dort schlecht ist, wo auch Hochgeschwindigkeitsnetze fehlen.



2.9 **Frage 9: Wenn es Probleme der Mobilfunkversorgung gibt, welche sind dies?**

Über 60 % der Gemeinden beklagen eine (teilweise) Unterversorgung im Mobilfunk. Betroffen sind meist Seitentäler und Randlagen, selten das Zentrum, gelegentlich einzelne Katastralgemeinden und Siedlungen. Teilweise wird über Verbindungsabbrüche berichtet. Probleme gibt es auch in Grenznähe. Dort wo die Versorgung schlecht ist, sind zumeist keine HSPA oder LTE verfügbar, allenfalls EDGE. In einigen Gemeinden gibt es (z.T. Betreiber-) Aktivitäten zur Behebung (Bau eines Funkmasten oder LTE)

2.10 **Frage 10: Gibt es in Bezug auf Breitbandversorgung eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Gemeindezusammenschlüssen, Leaderregionen, Vermarktungsverbänden o.ä.?**



Es zeigt sich deutlich, dass das Thema Breitband überwiegend in einer isolierten Einzelbetrachtung angegangen wird (67 %), nur knapp ¼ der teilnehmenden Gemeinden gibt an, sich in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bzw. regionalen Einrichtungen zu befinden. Damit ist eine überregionale Planung im Sinne der Förderrichtlinien in nur wenigen Fällen wahrscheinlich.

2.11 **Frage 11: Wenn eine Zusammenarbeit erfolgt, in welcher Form?**

Knapp ein Viertel der Gemeinden ist in Kooperationen zum Breitbandausbau organisiert. Ebenen der Zusammenarbeit sind: Planungsverbände, Regionalentwicklung, Kleinregionen, Pilotregionen (NÖ, Waldviertel), Gemeindefusionen, gemeindeübergreifende Kooperation, Leaderregionen.

Gegenstand ist meist eine Konzepterstellung sowie überregionale Planung. Zwei Gemeinden geben an, ein gemeinsames Netz zu bauen. Beklagt wurde in einem Fall die langwierige Beschlussfassung auf Ebene der Leaderregion.

2.12 **Frage 12: Sind alle aktuellen Bundes- und Landesförderungen für den Breitbandausbau der Gemeinde bekannt?**



88 Gemeinden (60 %) geben an, über die Bundes- und Landesförderungen informiert zu sein.

Informationsbedarf herrscht demzufolge bei 54 Gemeinden (37 %).

Damit scheint es noch unausgeschöpfte Potenziale zu geben.

2.13 **Frage 13: Gibt es in der Gemeinde eine eigens dafür verantwortliche Person, die sich um das Thema Breitbandausbau kümmert?**

Ein Ansprechpartner, bei dem alle Fäden zusammen laufen, kann sich als Erfolgsfaktor erweisen.

In 58 (40 %) Gemeinden gibt es einen eigenen Ansprechpartner für den Breitbandausbau, 81 Gemeinden (55 %) geben an, keine explizite Ansprechperson zu haben.



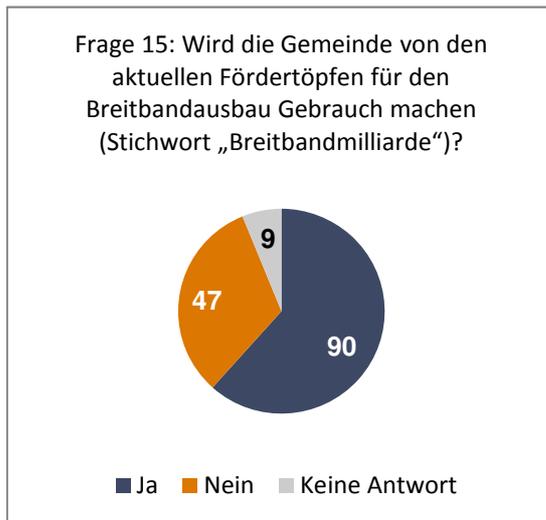
2.14 **Frage 14: Wenn es eine verantwortliche Person gibt, wer nimmt diese Funktion wahr?**

Als Ansprechpartner werden folgende Personengruppen häufig genannt:

- Bürgermeister/in
- Vizebürgermeister/in
- geschäftsführende Gemeinderäte
- Stadtamtsdirektor/in
- Amtsleiter/in

- Verwaltungsbedienstete
- private Unternehmen im Auftrag der Gemeinde

2.15 **Frage 15: Wird die Gemeinde von den aktuellen Fördertöpfen für den Breitbandausbau Gebrauch machen (Stichwort „Breitbandmilliarde“)?**

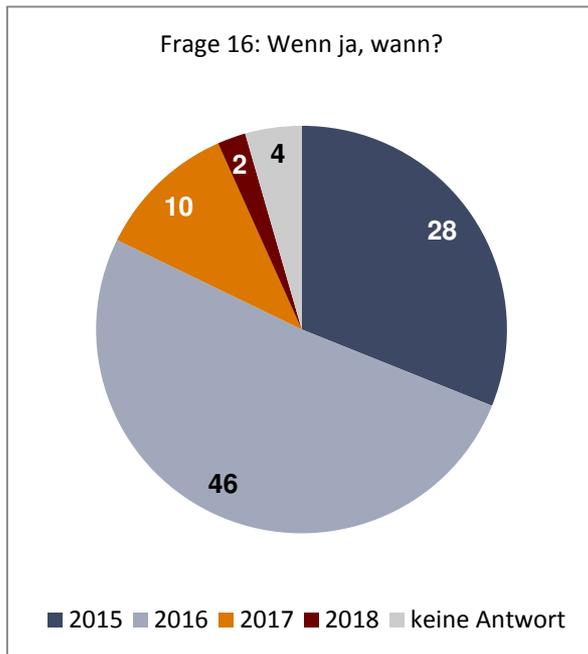


Eine deutliche Mehrheit der teilnehmenden Gemeinden (62 %) möchte den Breitbandausbau mit Geldern aus der Breitbandmilliarde vorantreiben.

47 Gemeinden (32 %) beantworten diese Frage mit „nein“ und wollen demzufolge keine Bundes-Fördermittel einsetzen. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, Landesförderungen zu nutzen.

Es ist interessant zu konstatieren, dass die Quote derjenigen Gemeinden, die Mittel der Breitbandmilliarde nutzen wollen höher ist als jene, denen die Programm zur Förderung bekannt sind (Frage 12).

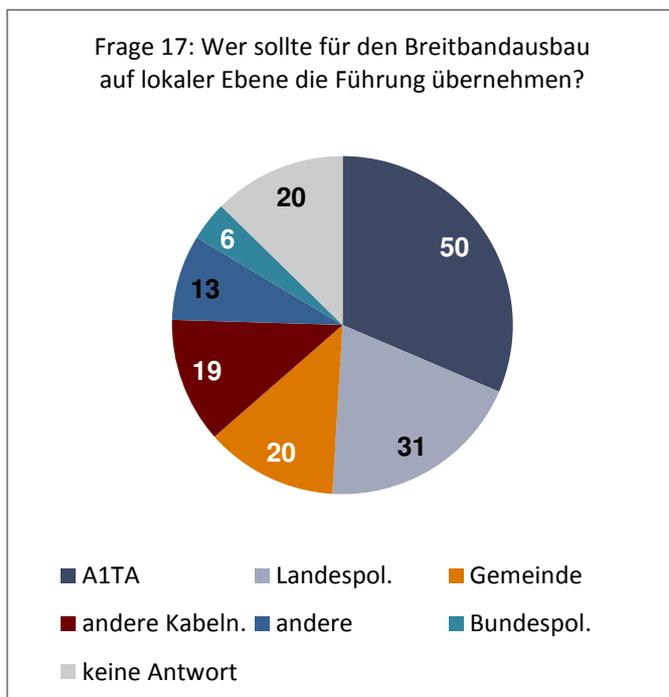
2.16 Frage 16: Wenn Fördermittel genutzt werden soll, wann ist dies geplant?



Beim Zeitpunkt für den Einsatz von Fördergeldern aus der Breitbandmilliarde geben knapp über die Hälfte aller teilnehmenden Gemeinden an, sich im Jahr 2016 darum bemühen zu wollen.

Über $\frac{1}{4}$ der Gemeinden möchte sich noch im Jahr 2015 um Fördergelder bemühen, während die Interessenten für 2017 und später deutlich in der Minderheit sind. Diese impliziert, dass das aktuell gestartete Leerrohr-Förderprogramm ggf. zu kurzfristig war, um große Nachfrage auszulösen.

2.17 Frage 17: Wer sollte für den Breitbandausbau auf lokaler Ebene die Führung übernehmen?



Mehr als 30 % der Gemeinden sehen die A1TA als jene Kraft, die den Ausbau auf lokaler Ebene durchführen soll.

Die zweitmeisten Nennungen entfallen auf die Landespolitik, gefolgt von den Gemeinden, den Kabelnetzbetreibern und anderen, wie etwa Energieversorger.

Nur 6 Nennungen sehen die Bundespolitik in der Pflicht.

2.18 **Frage 18: Wenn andere Verantwortliche gesehen werden, welche sind dies?**

Jene Gemeinden, die „andere“ in der Pflicht sehen, nennen folgende Träger des Breitbandausbaus:

- Landesenergieversorger (versch. Bundesländer)
- Planungsverband
- Regionalmanagement
- Beratungsunternehmen (z.B. SBR)
- Funk-LAN Anbieter
- NÖGIG
- Schulterschluss aller Akteure

Es zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass das Thema Breitband zusehends als eines gesehen wird, bei dem Akteure aus dem politischen oder administrativen Raum als Treiber gesehen werden. Auch die geringe Nennung von 30% für die A1TA bei Frage 17 spricht dafür, dass Betreiber ggf. aufgrund des eher zurückhaltenden Investitionsverhaltens weniger als Treiber des Breitbandausbaus gesehen werden als Gemeinden, Länder und Versorgungsunternehmen.

3 Wissenswertes und sonstige Informationen

Um zu erfassen, was Gemeinden sonst noch bei Thema Breitband beschäftigt haben wir die Möglichkeit zur Kommentierung ergänzend geschaffen. Anbei die interessantesten Aussagen aus dieser Rubrik:

- Zur Rolle der Gemeinden
 - „Die Gemeinde kann es sicher nicht machen!“
 - „Die Gemeinde kann nicht auch noch für den Breitbandausbau zuständig sein - reicht nicht Kanal, Wasser, Gemeindestraßen, Friedhöfe, Feuerwehren, Schulen, Kindergarten etc. Wer dafür ein Entgelt einhebt, soll auch für den Ausbau sorgen.“

- Zum strategischen Ansatz
 - „Meiner Meinung nach sollten bestehende Netze ausgebaut werden, dann würde kein doppelter Ausbau passieren. Neu zu erschließende Gebiete können über Ausschreibungen vergeben werden.“
 - „Es müssen unbedingt Kooperationen zwischen den derzeitigen Anbietern bzw. meist auch Energieversorgungsunternehmen auf Landes- oder Bundesebene gemacht werden! Einen Vollausbau wird sich keine Gemeinde leisten können!“
 - „Hier braucht es einen Zusammenschluss von Bund, Ländern und Gemeinden. Breitband gehört zur Grundinfrastruktur wie Straßen, Strom, Wasser, Kanal etc.“
 - „Hauptproblem ist die Privatisierung der Infrastruktur (Telekom). Der Betrieb kann und soll privat erfolgen. Die Infrastruktur hingegen ist Staatssache. Es ist eine kritische Infrastruktur, die Regionen sterben lassen oder leben lassen kann.“

- Zur Förderstrategie
 - „Ausbau muss bis 2020 abgeschlossen sein. Kleinere Gemeinden (Regionen) sollen besonders gefördert und bevorzugt werden. An den großen Gemeinden sind die Kabelnetzbetreiber sowieso interessiert, und sie werden von ihnen bevorzugt behandelt.“

- Zu praktischen Problemen der Umsetzung
 - „Das mit großen finanziellen Mitteln des Landes und der Gemeinden hergestellte Glasfasernetz der Strombetreiber ist leider für andere Nutzer nur mit horrenden Kosten (1000 €) verfügbar, selbst für Einrichtungen der Gemeinde (VS).“
 - „Wir haben die Zusage von der nÖGIG für die Grob- und Feinplanung wahrscheinlich im Herbst 2015. Besonders schwierig ist die bereits bestehenden in Erfahrung zu bringen. A1 und Kabelplus (EVN) geben darüber keine Auskunft wo Glasfaserkabel oder Leerverrohrung liegen.“

- „Die Verlegung muss die Gemeinde bezahlen und wird mit 'Breitbandmilliarde' gefördert. Die Netzbetreiber verlangen dann sehr hohe mtl. Gebühren, dass es sich weder die Gewerbebetriebe noch die Schulen oder Private leisten können.“
 - „Förderung hilft nicht im Bereich der Mobilfunkversorgung. Leerrohrförderung ist in der Praxis nicht brauchbar, das Synergieprojekt passt selten mit dem Netz der Provider zusammen. Die Förderung kann erst ab € 100.000 in Anspruch genommen werden. „
 - „Mehr gemeindeübergreifende Koordination durch Fachleute notwendig. Doppelgleisigkeiten vermeiden (Telekom, EnergieAG usw).“
- Zur Bedeutung von Breitband:
 - „Um der Abwanderung entgegenzuwirken, ist der baldige Breitbandausbau, auch in den entlegenen Gebieten, von größter Wichtigkeit.“

Aus all diesen Rückmeldungen erkennt man, dass das Thema Breitband in den Gemeinden präsent ist und die Probleme und Herausforderungen klar erkannt werden. Für zahlreiche praktische Herausforderungen bietet aber der gegenwärtige Rahmen, insb. auch mit den bisher ins Leben gerufenen Förderungen, keine ausreichende Hoffnung auf dauerhafte Verbesserung.

4 Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf

Zusammenfassung lässt sich die Umfrage mit folgenden Schlussfolgerungen zusammenfassen

- Die Zufriedenheit mit der aktuellen Versorgungslage in den Gemeinden ist gering.
- In über 80% der Gemeinden gibt es unterversorgte Gebiete, Ortsteile oder Katastralgemeinden.
- Die überwiegende Mehrheit der Gemeinden besitzt keine eigene Infrastruktur.
- Auch im Mobilfunk gibt es in 63 % der Gemeinden Probleme
- Es zeigt sich deutlich, dass das Thema Breitband überwiegend in einer isolierten Einzelbetrachtung angegangen wird (67%)
- 60% der Gemeinden geben an, über die Bundes- und Landesförderungen informiert zu sein. Noch mehr (62 %) möchte den Breitbandausbau mit Geldern aus der Breitbandmilliarde vorantreiben.
- Für die meisten Gemeinden kommt 2015 als Jahr für die Beantragung von Bundesfördermitteln noch zu früh.
- Nur 30% der Gemeinden sehen die A1TA als Treiber des Ausbaus auf lokaler Ebene. Die zweitmeisten Nennungen entfallen auf die Landespolitik, gefolgt von den Gemeinden, den Kabelnetzbetreibern und anderen, wie etwa Energieversorger. Die Bundespolitik wird nicht als Treiber des Breitbandausbaus gesehen.

Was folgt aus den Ergebnissen dieser Umfrage:

- (1) Die Gemeinden sehen andere Player als den Bund in Bezug auf die Verantwortlichkeit für den Breitbandausbau. Dies kann darauf hindeuten, dass Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetze als Infrastruktur verstanden werden und dass das Infrastruktur“geschäft“ lokal / regional geprägt ist.
- (2) Die meisten Gemeinden haben keine eigene Infrastruktur. Dies wirkt sich natürlich darauf aus, dass in der Sonderrichtlinie „Leerrohrförderung“ insbesondere Mitverlegungsprojekte gefördert werden sollen. Für die Gemeinden bedeutet das in der Regel die Schaffung einer neuen Leerrohr Infrastruktur in Gemeindehand.
- (3) Der Informationsstand der Gemeinden ist nach wie vor nicht ausreichend. Weniger als 2/3 der Gemeinden haben ein Bild von der Bundesförderung
- (4) Die stärker werdende Rolle der öffentlichen Hand ist zu unterstreichen. Weniger als 1/3 der Gemeinden sieht die A1TA als den Haupttreiber des Ausbaus, eine

starke Rolle liegt auch bei den Gemeinden selbst, Versorgungsunternehmen und der lokalen Administration

- (5) Kooperationen unter Gemeinden sind kein wesentlicher Grund für die Forcierung des Breitbandausbaus. Offenbar sind die Anreize dafür zu gering. Dies legt die Befürchtung nahe, dass auch mit der Breitbandmilliarde kein flächiger Ausbau erfolgt sondern vielmehr ein „Fleckerlteppich“ entsteht.